



Die Nato auf der Suche nach neuen Wegen

Von Roswitha Wyrwich



Nach gut sieben Jahren in Afghanistan haben die NATO-Mitgliedsländer erkannt, dass nur eine gemeinsame Strategie den lang ersehnten Erfolg in Afghanistan näher bringen kann.

Fragte man sich beim letzten Gipfeltreffen noch, ob es eine Mission mit zwei Teams gäbe, so verdeutlichen die derzeitigen Gespräche, dass die NATO ihre Mission in Afghanistan mit einem Team durchführen möchte. Dieses eine Team muss besonders auf die lokalen Begebenheiten des Landes flexibel eingehen können, damit

Afghanistan in seiner Vielfalt zu einer Einheit finden kann.

Die Erfahrungen zeigten, dass die chaotische Lage im Land nicht allein mit militärischen Mitteln zu lösen ist, sondern dass es einer Vernetzung der zivilen und militärischen Mittel sowie der Kooperation mit Russland und einem Dialog mit Afghanistans Nachbarländern bedarf. Der Wiederaufbau des Landes, die Herstellung von Sicherheit und die Aufstandsbekämpfung sollen künftig durch einen vernetzten Ansatz ziviler und militärischer Instrumente unter Kontrolle gebracht werden.

Im Sinne des Bündnisses sollen die Fähigkeiten der einzelnen Mitgliedsländer, von denen jeder eine klar definierte Aufgabe im Sinne der optimierten Vernetzung hat, zielgerichtete zusammengeführt und koordiniert werden. Ergebnis wäre, dass alle Bündnispartner die gemeinsame Verantwortung für den Einsatz tragen, jedoch voneinander



getrennte Zuständigkeiten hätten. Die Entscheidung über eine genaue Aufgabenteilung ist nicht leicht. Dies zeigte sich während des informellen NATO-Außenminister-Treffens in Brüssel, bei dem US-Außenministerin Hillary Clinton sowohl den Wandel als auch Kontinuität der amerikanischen Politik darlegte.

Das „neue Amerika“ und die NATO: stark durch gemeinsame Führung



Der Amtsantritt Obamas weckt die Hoffnung auf einen Neuanfang der zeitweilig angespannten transatlantischen Beziehungen. Die neue US-Regierung versucht sich von den Zwängen zu lösen, in welche sich die Außenpolitik in den acht Jahren der Bush-Regierung verstrickt hat.

Während die alte US-Regierung beim vergangenen NATO-Gipfel in Bukarest noch vor einer Spaltung des Bündnisses warnte und beharrlich auf mehr militärische Verantwortung der Europäer in Afghanistan beharrte, schlägt die neue US-Regierung im Umgang mit ihren Verbündeten versöhnliche Töne an und übt sich im Zuhören der erbrachten Vorschläge zu einer nachhaltigen Afghanistan-Strategie.

"Ich glaube, wir dürfen davon ausgehen, dass es frischen Wind in der NATO gibt und natürlich auch, worauf ich hoffe, eine neue Atmosphäre der Kooperation im Bündnis", sagte Außenminister Frank-Walter Steinmeier. "Amerika braucht Europa, und Europa braucht Amerika"

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn forderte eine "neue Definition" der Partnerschaft, in der Europa und die USA „in der Zusammenarbeit



wieder auf ein anderes Niveau kommen". "Viele Probleme auf der Welt", so der Außenminister, „können nur gelöst werden, wenn Amerika und Europa zusammenarbeiten." Die Botschaft der neuen Partnerschaft wurde auch von Außenministerin Clinton verbreitet. Die USA und Europa zusammen, so die Außenministerin, müssten „die Welt führen“.

Die USA bemühen sich, sich mit den NATO-Mitgliedsstaaten über ein weiteres Vorgehen in Afghanistan abzustimmen, so dass eine gemeinsame Strategie entwickelt werden kann.

Damit hat jedes Mitgliedsland die Möglichkeit, seinen eigenen Ansatz zu überdenken und sich seine Aufgabe auszusuchen, für das es bereit ist, die Verantwortlichkeit zu übernehmen. Die Amerikaner sind bereit, mit der EU auf Augenhöhe zu kommunizieren, erwarten aber im Gegenzug, dass jeder zu seinen Verpflichtungen bei dem gemeinsamen Vorgehen in Afghanistan stehe.

Diesem Tenor folgte auch der Besuch des US-Vizepräsidenten Biden im NATO-Hauptquartier in Brüssel. Seine Regierung, so Biden, wolle keine amerikanische, sondern eine gemeinsame NATO-Strategie für Afghanistan entwickeln.

Unter diesem Aspekt bekennen sich die USA mit der Entsendung weiterer 17.000 US-Truppen zu ihrer militärischen Führung und sind bereit, diese Bürde erst einmal alleine zu tragen. Doch erwarten sie von ihren Verbündeten mehr Hilfe in anderen Bereichen, etwa dem Wiederaufbau oder dem Polizeitraining.

Eine funktionierende Polizei sowie Armee sind Voraussetzung dafür, dass die afghanische Regierung selbst für Stabilität sorgen kann.

Der Schlüssel dazu liegt vor allem in der umfassenden Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte. Hier ist mehr Engagement der EU, in erster Linie von Deutschland, beim Aufbau der Polizei gefragt. Der Aufbau einer afghanischen Polizei hat sich bislang jedoch nicht so entwickelt, wie



sich das die NATO-Mitgliedstaaten nach dem Sturz der Taliban vorgestellt hatten. Die EU hat derzeit 200 Ausbilder in Afghanistan. Früheren Absprachen zufolge sollten es 400 sein.

Versöhnung gegen Schützenhilfe in Afghanistan? Die NATO reicht Moskau die Hand

Im Rahmen des Treffens der NATO-Außenminister wurde auch die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Russland beschlossen. Die Zusammenarbeit im NATO-Russland Rat (NRC) war seit dem 19. August 2008 aufgrund des russischen Einmarschs in Georgien auf Verlangen der USA ausgesetzt worden. Diese Sanktion wurde damals innerhalb der Nato kontrovers diskutiert. Die Aufhebung bedeutet nun die Möglichkeit, so der britische Außenminister David Miliband, „unsere Probleme direkt mit den Russen zu besprechen“. Auch US-Außenministerin Clinton erklärte: „Wir wollen versuchen, so viele gemeinsame Interessen zu finden wie möglich. Wir glauben wirklich, dass es davon deutlich mehr gibt, als in den letzten paar Jahren vielleicht behauptet wurde.“ Als Beispiele führte sie den Kampf gegen den Terrorismus, den Nahost-Konflikt und das iranische Atomprogramm an. Gleichzeitig betonte Clinton, dass die neue US-Regierung nicht über bleibende Meinungsverschiedenheiten mit Russland hinweggehen werde. „Russland darf kein Veto-Recht in der Frage haben, ob ein Land der Nato oder der EU beitrifft“, betonte sie hinsichtlich der Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Georgien.

Der Regierungswechsel in Washington hat die eingeläutete Normalisierung der Beziehungen erleichtert, doch war die Entspannung schon unter George W. Bush eingeleitet worden. Clintons Vorgängerin Condoleezza Rice stimmte bereits im Dezember 2008 einer vorsichtigen Öffnung zu. Russland ist für die NATO ein wichtiger Partner in Afghanistan, da das Bündnis mittelfristig auf russische Hilfe beim Nachschub für seine Truppen



in Afghanistan angewiesen ist und Russland die NATO auch bei der Stabilisierung des Landes unterstützen kann.

Die USA scheinen aber nicht nur Russland mit ins Boot nehmen zu wollen, sondern richten ihr Augenmerk nun auch auf die an Afghanistan angrenzenden Republiken, da der Krieg auch auf Pakistan überzugreifen droht. Die USA arbeiten an einer neuen Strategie ihres Einsatzes in Afghanistan, in der auch die Nachbarn Afghanistans in die Stabilisierungsbemühungen einbezogen werden sollen. Um die Stabilisierung Afghanistans zu verbessern, schlagen die USA eine internationale Afghanistan-Konferenz unter Beteiligung wichtiger Nachbarstaaten, vor – ebenso Pakistan als auch Iran. „Die Stabilisierung Afghanistans ist nur mit einem regionalen Ansatz möglich, der auch den Nachbarn Pakistan mit in den Blick nimmt“, meinte Außenminister Steinmeier.

Regionale Einbettung und lokale Schwerpunkte

Doch wie viel Einfluss sollen und dürfen diese Nachbarstaaten erhalten und wie soll eine Zusammenarbeit aussehen?

Dass der Wiederaufbau in Afghanistan ohne hinreichende Sicherheit nicht möglich ist und der Kampf in Afghanistan nicht allein militärisch zu gewinnen ist, wurde schon lange erkannt. Die Verzahnung von zivilen und militärischen Hilfen ist unter dem Begriff „vernetzte Sicherheit“ mehrfach diskutiert worden.

Beim Wiederaufbau des Landes kann es nicht allein um zusätzliche Soldaten gehen, sondern auch um mehr Kapazitäten für Transport, Logistik und vor allem kompetentem Fachpersonal, das mit dem Land, seiner Historie und Gebräuchen bekannt ist. Demzufolge reicht die Einbeziehung der Nachbarländer allein nicht für die Stabilisierung des



Landes, sondern kann erst fruchtbar werden, wenn die NATO ihre Fühler verstärkt auch nach innen – auf die lokale Ebene – ausstreckt. Denn was nützen alle Kooperationsbemühungen mit den Nachbarstaaten, wenn die NATO-Mission im Land selbst nicht verwurzelt ist und von den jeweiligen Stammesführern unterstützt wird? Kabul, das im Norden des Landes liegt, ist für manchen Afghanen eine andere Welt. Die Zentralregierung in Kabul ist für den Wiederaufbau und die Herstellung von Sicherheit zuständig, doch kämpft sie auf lokaler Ebene um ihre Anerkennung in der Bevölkerung. Die lokalen Machthaber interessiert eine übergeordnete Gewalt nicht, da sie ihren eigenen Gesetzen folgen. Wie kann Afghanistan unter solchen Bedingungen wieder zu einem stabilen Land werden? Der Aufbau einer stärker fokussierten direkten Zusammenarbeit mit den örtlichen Vertretern muss mehr Gewicht bekommen. Deutschland, das sich in Afghanistan stark im zivilen Bereich engagiert, könnte zwischen Zentralregierung und lokalen Machthabern vermitteln. Die Ausbildung dieser Mediatoren sowie deren angemessener Einsatz vor Ort wäre eine Aufgabe, die Deutschland übernehmen könnte. Der Aufbau Afghanistans trägt Früchte, wenn sich die ganze Vielfalt Afghanistans in der NATO Strategie wieder findet.

Links:

Abschnitt 1.01 Pakistan Report: Comprehensive U.S. Policy Needed, Atlantic Council of the United States

**Charlie Rose interviews Richard Holbrooke
The War Briefing: Excellent documentary film from the ACPAK border.**

Winning in Afghanistan: Creating Effective Afghan Security Forces.

State Building, Security, and Social Change in Afghanistan: Reflections on a Survey of the Afghan People. A collection of six essays that analyze in-depth the findings of the largest public



opinion survey ever conducted in Afghanistan, "Afghanistan in 2008: A Survey of the Afghan People."

Abschnitt 1.02 NATO in Afghanistan: A Report from the Council on Foreign Relations,

Margaret Warner, of PBS Newshour, in Afghanistan for excellent reports and interviews with Hamid Karzai and Commanding General David McKiernan.